

Kleiner Handel mit Fernost

Japan. Die schweren Zerstörungen und die Probleme rund um das Kernkraftwerk in Fukushima werden auch auf Deutschland zurückwirken. Zwar sind die Handelsverflechtungen mit Nippon nicht sehr groß, doch das Land hat als Lieferant einiger Vorprodukte eine hohe Bedeutung für deutsche Unternehmen.

Japan ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, doch als Handelspartner Deutschlands spielt die Inselgruppe nur eine untergeordnete Rolle. Das liegt einerseits an der großen Entfernung, andererseits aber auch daran, dass der japanische Markt sehr binnenorientiert ist. Das macht es für deutsche Exporteure schwer. Daher rangierte das Land 2010 nur auf Platz 17 der deutschen Exportziele:

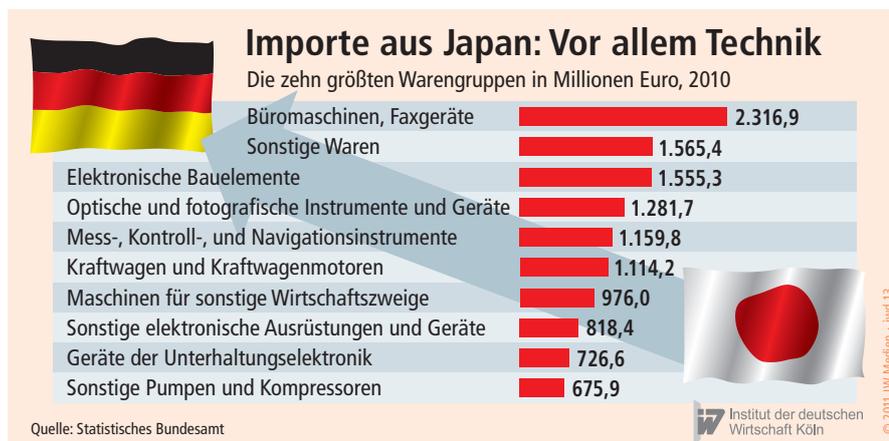
Lediglich 1,4 Prozent der Warenausfuhren – das entsprach einem Volumen von rund 13 Milliarden Euro – verließen Deutschland gen Japan.

Zum Vergleich: Nach Frankreich – dem ersten der Rangliste – exportierten deutsche Unternehmen im vergangenen Jahr Waren im Wert von rund 91 Milliarden Euro, in die USA gingen Produkte im Wert von rund 66 Milliarden Euro und der China-Ex-

port belief sich auf rund 54 Milliarden Euro.

Ähnlich sieht es bei den Einfuhren aus: Die Importe aus Japan machten 2010 lediglich 2,7 Prozent aller Einfuhren nach Deutschland aus und summierten sich auf 22 Milliarden Euro – Platz 14 unter den Ursprungsländern. Vorn standen China (76 Milliarden Euro), die Niederlande (68 Milliarden Euro) und Frankreich (62 Milliarden Euro).

Dennoch könnten einige deutsche Unternehmen von möglichen längeren Produktionsstilllegungen im Fernen Osten hart getroffen werden. Denn Japan ist ein wichtiger Lieferant elektronischer Bauelemente, die für viele Produkte der Elektroindustrie oder des Maschinenbaus gebraucht werden (Grafik). Da sich für manche Bauteile nicht von heute auf morgen ein anderer Lieferant finden lassen dürfte, können so Engpässe auftreten und Produktionsketten unterbrochen werden. Bereits betroffen sind die deutschen Autobauer – die nun Kurzarbeit erwägen, weil die Lieferungen aus Nippon ausbleiben.



In dieser Woche

Erdöl: Der Krieg gegen Gaddafi bremst die Ölförderung in Libyen. Doch für Deutschland stellt die Verknappung bislang kein Problem dar. Seite 2

Flughäfen: Der Luftverkehr hat sich erstaunlich schnell von der Wirtschaftskrise erholt. Vor allem die Großflughäfen legten zu. Seite 3

Energetische Sanierung: Immobilien, die wenig Energie verbrauchen, helfen, das Klima zu schützen. Oft rechnen sich Modernisierungen aber nicht. Seite 4-5

Einkommensverteilung: Weil immer mehr Frauen eigenes Geld verdienen, ist der finanzielle Ausgleich in Paar-Haushalten schwächer geworden. Seite 6-7

Ausbildungsabsolventen: Viele Lehrlinge bleiben nach bestandener Prüfung im ausbildenden Betrieb. Wer gute Übernahmeperspektiven hat. Seite 8

Präsident:
 Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor:
 Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder:
 Verbände und Unternehmen in Deutschland

Steigende Rechnung

Erdöl. Auch wenn der Verbrauch in Deutschland seit einigen Jahren zurückgeht, wird die Ölrechnung immer höher. Allein für Rohöl wurden im vergangenen Jahr über 41 Milliarden Euro ausgegeben. Das meiste davon ging an Russland und Großbritannien.

Jeder merkt es zurzeit an den Tankstellen: Der Ölpreis steigt wieder einmal deutlich. Besonders viel kostet gerade die in Europa geförderte und verarbeitete Sorte Brent. Hierfür werden schon wieder Preise von fast 120 Dollar je Barrel (159 Liter) bezahlt – so viel wie seit drei Jahren nicht mehr.

Der Grund für die jüngsten Preissteigerungen sind die Entwicklungen in Libyen: Durch den Krieg gegen Gaddafi fallen Teile der Produktion in dem nordafrikanischen Krisenstaat aus. Das Land liefert normalerweise auch Öl an Deutsch-

land – doch es ist kein unersetzlicher Partner (Grafik).

Nur knapp 8 Prozent der deutschen Ölimporte stammen aus Libyen, das damit aber 2010 immerhin rund 3,2 Milliarden Euro verdiente.

Mit 3 Prozent aus Syrien, 1,6 Prozent aus dem Iran und 0,8 Prozent aus Saudi-Arabien tragen noch eine Reihe anderer Staaten des Nahen Ostens zur Deckung des deutschen Ölbedarfs bei. Die Bundesrepublik wäre von Produktionsstopps in diesen Ländern aber vor allem indirekt betroffen: Sollte beispielsweise Saudi-Arabien als weltgrößter Ölförderer für eine Zeit ausfallen, hätte das für den internationalen Markt und damit auch für die deutsche Wirtschaft gravierende Folgen.

Wie lange allerdings die Unruhen im arabischen Raum noch dauern und welche Auswirkungen das für die globale Versorgung mit

dem schwarzen Gold hat, weiß niemand.

Beruhigend ist, dass die wichtigsten Länder für die deutschen Ölimporte stabile Staaten sind: Rund 60 Prozent ihres Öls bezieht die Bundesrepublik aus Russland, England und Norwegen.

Zudem zeigt der Ölpreis schon länger nach oben. Einer der Hauptgründe ist die weltweit gestiegene Nachfrage, insbesondere im konstant wachsenden China.

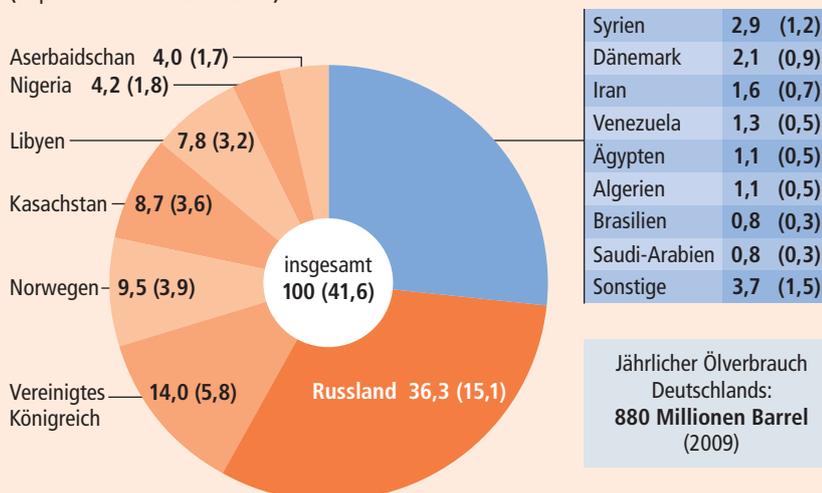
In Deutschland ist der Ölverbrauch in den vergangenen Jahren dagegen gesunken. Immer weniger Heizungen laufen mit Öl, Autos verbrauchen weniger Sprit. Allerdings ist der deutliche Rückgang des Energieverbrauchs im Jahr 2009 der Wirtschaftskrise geschuldet – und wurde 2010 praktisch sofort wieder ausgeglichen.

Denn im aktuellen Aufschwung steigt die Nachfrage wieder und damit klettern auch die Preise erneut nach oben. Für Deutschland ist das richtig teuer. So wurde 2010 Rohöl im Wert von 41,6 Milliarden Euro eingeführt. Hinzu kommt noch der Import von Mineralölprodukten wie Benzin und Diesel.

Würde das Preisniveau von 2008 wieder erreicht – damals kostete ein Fass Rohöl zwischenzeitlich fast 150 Dollar – wäre die deutsche Ölrechnung mit 58,8 Milliarden Euro noch deutlich höher. Zum Vergleich: Im Jahr 2002 zahlte Deutschland für Rohöl gerade einmal 20 Milliarden Euro, 1998 nur 9,5 Milliarden Euro – und das, obwohl damals 12 beziehungsweise 17 Prozent mehr Rohöl eingeführt wurden als 2010.

Deutsche Ölimporte: Wenige große Lieferanten

Anteil am deutschen Import 2010 in Prozent
(Importwert in Milliarden Euro)



Ursprungsdaten: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Steigflug mit Risiken

Flughäfen. Der Luftverkehr hat sich überraschend schnell vom Einbruch durch die Wirtschaftskrise erholt. Den neuerlichen Aufstieg bremsen könnte in diesem Jahr allerdings die Luftverkehrssteuer.

Mit der jüngsten Entwicklung des Flugverkehrs sind Airports und Airlines recht zufrieden. Im Jahr 2010 starteten und landeten auf den 23 deutschen Verkehrsflughäfen 191 Millionen Passagiere – 5 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Die Geschäfte der Branche hätten sogar noch besser sein können, wären nicht im April durch den Vulkanausbruch auf Island viele Flüge ausgefallen. Und auch im Dezember blieben bei Eis und Schnee viele Maschinen am Boden.

Besonders rasant startete im vergangenen Jahr der Flughafen Düsseldorf durch, wo knapp 7 Prozent mehr Passagiere abhoben als 2009. Dies trieb die Gesamtzahl der Fluggäste auf einen neuen Rekordstand von fast 19 Millionen. Die beiden Hauptstadt-Flughäfen Tegel und Schönefeld übertrafen mit einem Plus von gut 6 Prozent ebenfalls das Vorkrisenniveau.

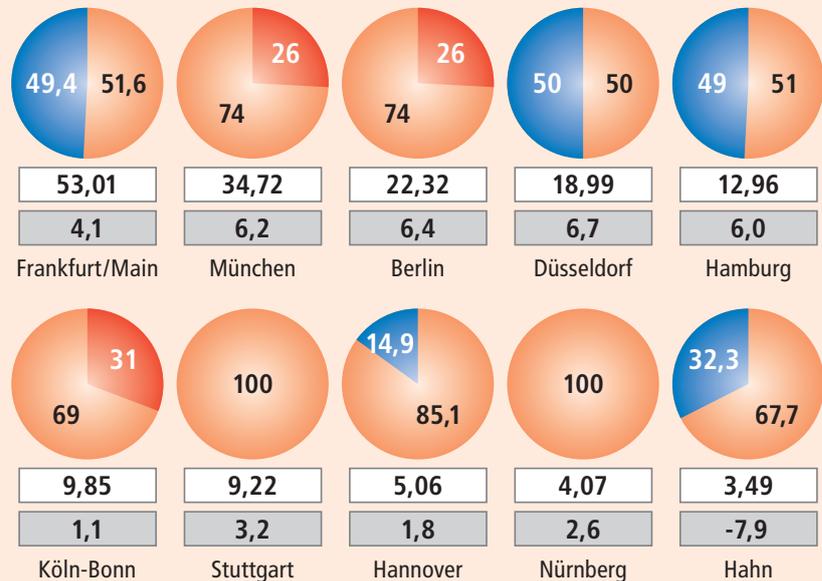
Die kleineren Flughäfen, die in den vergangenen Jahren stark vom Billigflugverkehr profitierten, hatten hingegen Schwierigkeiten, zu neuen Höhenflügen anzusetzen.

Der Low-Cost-Standort Hahn in Rheinland-Pfalz stürzte 2010 sogar regelrecht ab – die Passagierzahlen gingen um 8 Prozent zurück.

Verantwortlich dafür war die Entscheidung von Ryanair, verschiedene Ziele aus dem Flugplan zu streichen.

Wem die Flughäfen gehören

in Prozent ■ Bund ■ Land/Kommune/Kreis ■ Private Investoren
□ Passagiere an den zehn größten deutschen Flughafenstandorten 2010 in Millionen □ Veränderung gegenüber 2009 in Prozent



Quellen: Angaben der Flughäfen, ADV – der Flughafenverband, IW-Recherchen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw13

Profitiert von der insgesamt jedoch erfreulichen Entwicklung haben nicht zuletzt Länder und Kommunen, die meist Mehrheitseigner der boomenden Flughäfen sind (Grafik). In vielen Fällen bleiben die staatlichen Eigner sogar ganz unter sich: Fünf der zehn größten deutschen Airports, auf die 2010 gut 90 Prozent des Gesamtverkehrs entfielen, haben keine privaten Gesellschafter.

Und wenn private Investoren mit im Boot sind, haben sie keine Mehrheit. Der größte deutsche Flughafen beispielsweise – der Frankfurter Airport – wird durch die Fraport AG betrieben. An dieser Aktiengesellschaft sind die Stadt Frankfurt und das Land Hessen zusammen zu etwas mehr als 50 Prozent beteiligt.

Der Bund verdient ebenfalls am Flugreiseverkehr. Ihm gehören Teile der Flughäfen in Berlin, Köln-Bonn und München.

Weil jeder Start und jede Landung vor allem auch den Ländern

und Kommunen Geld bringt, sehen diese die Anfang des Jahres eingeführte Luftverkehrssteuer skeptisch. Die nach Entfernung gestaffelte Abgabe von 8 bis 45 Euro je Passagier und Flug soll dem Bund jährlich 1 Milliarde Euro in die Kassen spülen.

Die Länder partizipieren daran aber so gut wie gar nicht. Im Gegenteil: Sie befürchten, dass viele Fluggäste auf das Auto oder die Bahn umsteigen oder in Amsterdam oder Zürich losfliegen, was den hiesigen Airport-Eignern weniger Start- und Landegebühren bringt. Der Kölner Flughafen z.B. erwartet deshalb für 2011 rund 400.000 Passagiere weniger.

Die Folgen des Erdbebens in Japan sind ebenfalls eine Unbekannte. Nach bisherigen Erfahrungen aber normalisiert sich der Luftverkehr – zumindest nach Naturkatastrophen – schneller als zunächst gedacht.

Für Vermieter oft ein Verlustgeschäft

Energetische Sanierung. Knapp 1 Prozent der Wohngebäude in Deutschland wird jährlich saniert – zu wenig, um den CO₂-Ausstoß deutlich zu senken. Damit die Bundesregierung ihre Energiesparziele erreicht, wäre eine Verdoppelung der Quote auf 2 Prozent erforderlich. Doch vor allem für Vermieter rechnen sich energetische Maßnahmen häufig nicht. *)

Die Bundesregierung will den Primärenergiebedarf für die 18 Millionen Wohngebäude in Deutschland bis 2050 um 80 Prozent verringern. Um dieses Klimaziel zu erreichen, müssten rein rechnerisch jährlich 360.000 Gebäude energetisch auf Vordermann gebracht werden – zum Beispiel durch den Einbau neuer Fenster und Haustüren, moderner Heizanlagen, mittels Solardächern oder einer Wärmedämmung.

Während Eigentümer, die ihre Immobilie selbst nutzen, über kurz oder lang immer von Sanierungen profitieren, die zu Energieeinsparungen führen – spätestens die Erben haben etwas davon –, stecken Vermieter in einer kniffligeren Situation: Sie haben bei einer Investition in ein vermietetes Objekt nur dann einen finanziellen Vorteil, wenn sie auch eine entsprechende Mieterhöhung durchsetzen können. Wie häufig dies tatsächlich vorkommt und welche

Renditen Vermieter im Rahmen von Sanierungen erzielen können, zeigt eine Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), das 1.300 sanierte Mietwohnungen unter die Lupe genommen hat (Grafik):

In etwas mehr als einem Drittel der Immobilien, die energetisch saniert wurden, ließen die Eigentümer die Miete anschließend unverändert; bei 3 Prozent der Gebäude senkten sie die Miete sogar.

Die Miete aller anderen Wohnungen – also 61 Prozent – wurde im Zuge einer energiesparenden Baumaßnahme angehoben; zum Teil sogar stärker, als es die mietrechtliche Kappungsgrenze erlaubt: Bei 34 Prozent der sanierten Gebäude steigerten die Vermieter die Kaltmiete anschließend um mehr als 20 Prozent. Dies geht allerdings nur, wenn Mieter wechseln oder die Miete nicht auf Basis der ortsüblichen Vergleichsmiete angehoben wird – für die die

Kappungsgrenze gilt –, sondern über die sogenannte Modernisierungsumlage.

Obwohl die Mehrheit der Vermieter nach einer Sanierung die Miete anhebt, beschert ihnen dies nicht automatisch satte Gewinne. Die Sanierungsrendite, die sich aus den Mehreinnahmen durch die Anhebung der Miete im Verhältnis zur getätigten Investition berechnet, ist in den meisten Fällen sogar ziemlich niedrig (Grafik Seite 5):

Bei 86 Prozent der sanierten Objekte belief sich die dadurch erzielte Rendite auf weniger als 5 Prozent.

Auf Renditen, die über 11 Prozent liegen und die laut Mieterhöhungsrecht unzulässig sind, kamen nur 2 Prozent der Vermieter.

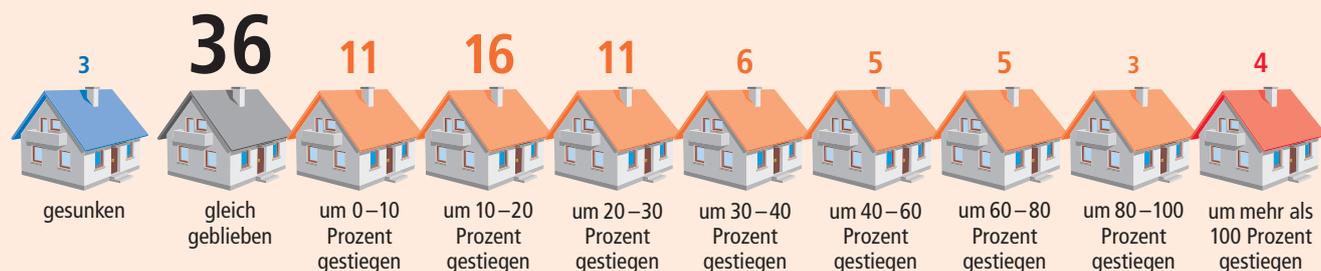
Aus diesen Befunden lassen sich zwei wesentliche Erkenntnisse ableiten:

1. Jede Immobilie und jede Sanierung ist eine höchst individuelle Angelegenheit. Selbst Gebäude, die gleich alt und in gleicher Weise gebaut sind, werden niemals den gleichen energetischen Zustand aufwei-

*) Vgl. Ralph Henger, Michael Voigtländer: Einflussfaktoren auf die Rentabilität energetischer Sanierungen bei Mietobjekten, in: IW-Trends 1/2011

Gebäudesanierung: Oft bleibt die Miete gleich

Bei so viel Prozent der Gebäude, die energetisch saniert wurden, ist die Miete anschließend ...



Wohngebäudesanierer-Befragung 2010: Befragung von 5.546 privaten Haushalten und 251 Unternehmen, die zwischen 2006 und 2009 mithilfe eines Förderprogramms der KfW Bankengruppe eine oder mehrere energetische Gebäudesanierungen vorgenommen haben; Quelle: KfW Bankengruppe/IW Köln

sen – allein schon deshalb, weil sie im Laufe der Zeit unterschiedlich genutzt und instand gehalten wurden. Das führt dazu, dass einerseits sowohl die Sanierungskosten als auch die Einsparpotenziale stark variieren, andererseits aber auch die notwendigen Mietanhebungen und die Renditen breit streuen.

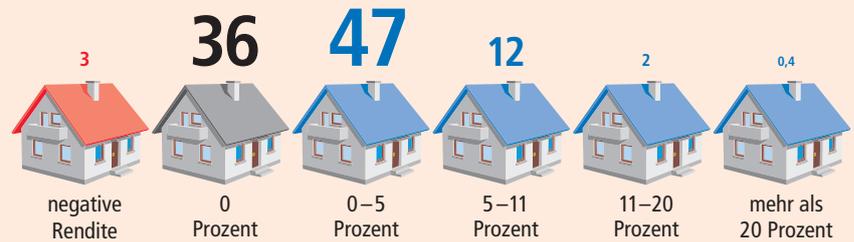
2. Viele Wohnungseigentümer haben bei einer Sanierung ein Umlageproblem: Oftmals sind die Sanierungskosten so hoch, dass Vermieter trotz einer starken Mieterhöhung – teils um 50 Prozent und mehr – keine angemessene Rendite erzielen können.

Daneben gibt es jedoch noch eine ganze Reihe weiterer Faktoren, die bei Sanierungsvorhaben von Mietobjekten eine Rolle spielen. Ein Überblick:

- Je größer der Sanierungsumfang, desto schwieriger wird es, die Investition auf die Miete umzulegen.
- Je geringer die Ausgangsmiete, umso höher können die Mietanhebung und die daraus resultierende Rendite ausfallen. Liegt zudem die Ursprungsmiete unter der örtlichen Durchschnittsmiete, lässt dies ebenfalls eine höhere Steigerung zu, was die Wirtschaftlichkeit einer Sanierung weiter verbessert.
- Je besser die Lage einer Immobilie, desto größer kann auch der Spielraum für Mieterhöhungen sein. Umgekehrt gilt dies allerdings auch: Eine hohe Leerstandsquote im Viertel oder der Region sowie eine hohe Mieterfluktuation machen es trotz umfangreicher Sanierungen schwer, die Miete heraufzusetzen.
- Je älter das Sanierungsobjekt, desto besser: Besonders bei Gebäuden,

Gebäudesanierung: Mehr als 5 Prozent Rendite sind meist nicht drin

Bei so viel Prozent der Gebäude, die energetisch saniert wurden, betrug die dadurch erzielte Rendite anschließend ...



Rendite: Quotient der zusätzlichen Mieteinnahmen des ersten Jahres und der Investitionssumme; Gebäudesanierer-Befragung 2010: Befragung von 5.546 privaten Haushalten und 251 Unternehmen, die zwischen 2006 und 2009 mithilfe eines Förderprogramms der KfW Bankengruppe eine oder mehrere energetische Gebäudesanierungen vorgenommen haben; Quelle: KfW Bankengruppe/IW Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw13

die 25 Jahre oder älter sind, lassen sich im Rahmen einer Sanierung die Mieten stärker anheben und höhere Renditen erzielen. Zudem bietet es sich an, energetische Maßnahmen mit anderen geplanten und fälligen Sanierungen – wie etwa einem Fassadenanstrich oder Umbauten – zu kombinieren.

Keinerlei Rolle für die Rechnung, ob sich eine Sanierung lohnt, spielt hingegen der Gebäudetyp: Egal, ob Einfamilienhaus oder Appartementblock – der Spielraum für Mietanhebungen nach einer energetischen Sanierung sowie die daraus resultierende Rendite sind unabhängig von der Größe des Objekts.

Ein Sanierungshemmnis sind derzeit die vielen verschiedenen Förderinstrumente, die von Kommune zu Kommune variieren. Das ist aber gar nicht sinnvoll, wie die IW-Untersuchung zeigt: Zwar beeinflusst die Lage auf den Immobilienmärkten die Mieterhöhungsspielräume für Vermieter, doch regionale Unterschiede – etwa zwischen West- und Ostdeutschland oder städtischen und suburbanen Räumen – konnten nicht festgestellt werden.

Wenn die Bundesregierung also die Sanierungsquote deutlich anheben will, sollte sie Darlehen und

Zuschüsse nicht nur in ausreichendem Maße gewähren, sondern auch auf nationaler Ebene bündeln. Zudem sollte auch der Energieausweis weiterentwickelt werden: Er informiert über den Energieverbrauch eines Gebäudes und soll den Mietern eine fundierte Grundlage geben, um die Höhe der tatsächlichen Nebenkosten abschätzen zu können.

Der Energieausweis

Seit dem Jahr 2002 ist er für vermietete Neubauten Pflicht, seit 2007 auch für vermietete Bestandsgebäude: der Energieausweis. Er gibt an, wie viel Energie eine Wohn- oder Gewerbeimmobilie verbraucht. Grundsätzlich hat jeder Mieter, Käufer oder Pächter das Recht, sich einen Energieausweis vorlegen zu lassen. Rund 20 Prozent des Gebäudebestands hierzulande werden vermietet und sind demzufolge ausweispflichtig. Tatsächlich aber gibt es laut Angaben des Darmstädter Instituts Wohnen und Umwelt erst für maximal die Hälfte dieser Immobilien einen Energieausweis. Ursache hierfür dürfte sein, dass der Ausweis für Laien schlicht unverständlich ist. Außerdem fehlen einheitliche Berechnungsgrundlagen und es sind gleich zwei Varianten im Umlauf: der Bedarfsausweis und der Verbrauchsausweis.

+ Termin +++ Termin +++

Unternehmerinnen- und Managerinnentag NRW

Alljährlich treffen sich rund 600 Chefinnen auf dem Unternehmerinnentag NRW – in diesem Jahr wird die Veranstaltung erstmals um den Managerinnentag erweitert. Für beide Gruppen von Führungsfrauen bieten die Veranstalterinnen am 9. April 2011 im Wissenschaftspark Gelsenkirchen Seminare, Foren zum Erfahrungsaustausch, Vorträge, Beratungsgespräche, eine Kooperationsbörse sowie Infostände von Firmen, Institutionen und Verbänden.

Themen der Veranstaltungen sind unter anderem Führungsstil, Karrierewege und Umgang mit Macht sowie Erfahrungsaustausch-Runden zu Durchsetzungsstrategien und zu Lösungen bei Konflikten in männlich geprägten Führungskulturen. Auf dem Programm stehen zudem Seminare zur Unternehmensgründung und -führung, zum Onlinemarketing oder zu Kooperationsstrategien.

Viel Raum gibt es auch für den Austausch: Auf Podiumsdiskussionen wie „Unternehmerinnen und Managerinnen im Dialog – was bringt uns voran?“ sollen die Teilnehmerinnen unter anderem schildern, welche Unterstützung sie auf dem Weg nach oben erfahren haben, welche Bündnisse sie für den Aufstieg geschmiedet haben und wie Frauen besser in Führungspositionen gelangen können.

Gegenseitige Unterstützung ist auch das Ziel der „Individuellen Begegnungen“ – hierbei lernen sich Unternehmerinnen und angestellte Managerinnen kennen mit dem Ziel, sich für einen weiteren Erfahrungsaustausch zu verabreden und einander auf dem Berufsweg eine Zeit lang zu begleiten.

Anmeldung und Programm unter www.chefin-online.de

Gleich und gleich gesellt sich öfter

Einkommensverteilung. Die Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland sind heute deutlich ungleicher verteilt als Ende der 1990er Jahre. Tatsächlich sind in den vergangenen Jahren aber weniger die individuellen Einkommen auseinandergedriftet. Vielmehr ist der Einkommensausgleich in den Haushalten nicht mehr so stark, weil zunehmend Partner mit ähnlichen Einkommen zusammenleben.*)

Vor rund zehn Jahren hat die Bundesregierung ihren ersten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Seither flammt die Diskussion um das Einkommensgefälle in Deutschland immer wieder auf. Allerdings gilt es, bei der Messung der Einkommensungleichheit genau hinzusehen, um die richtigen Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Üblicherweise verwenden Wirtschaftsforscher für einen Einkommensvergleich die sogenannten Äquivalenzeinkommen (Kasten Seite 7). Diese gewichteten Pro-Kopf-Einkommen sind in Deutschland heute ungleicher verteilt als etwa noch Ende der 1990er Jahre, was sich an der Entwicklung des Gini-Koeffizienten ablesen lässt (Kasten und Grafik Seite 7):

Die Ungleichheit der Bruttoeinkommen ist von 1998 bis 2008 um 13 Prozent gestiegen, die der Nettoeinkommen – also der Bruttoverdienste abzüglich Steuern und Sozialabgaben – sogar um 15 Prozent.

Allerdings haben sich die Einkommen seit 2005 nicht weiter auseinanderbewegt – offenbar wurde der vorherige Trend zu mehr Ungleichheit gebrochen, seit die Arbeitslosenzahl von ihrem Rekordniveau des Frühjahrs 2005 ausgehend deutlich gesunken ist. Von ei-

ner immer größeren Kluft zwischen Arm und Reich kann also gerade in jüngerer Zeit nicht die Rede sein.

Doch auch die längerfristige Entwicklung ist kein Beleg für ein dramatisch zunehmendes Gefälle der individuellen Einkommen. Dies zeigt sich, wenn man die Entwicklung der Einkommensverteilung von Paar-Haushalten näher betrachtet, wiederum abgebildet durch den Gini-Koeffizienten (Grafik Seite 7):

Von 1998 bis 2008 hat zwar die Ungleichheit der von Paaren insgesamt erzielten Einkommen um 18 Prozent zugenommen – die Einkünfte der einzelnen in Paar-Haushalten lebenden Personen waren zuletzt jedoch nur um 6 Prozent ungleicher verteilt als Ende der 1990er-Jahre.

Das heißt nichts anderes, als dass vor allem der innerhalb der Paar-Haushalte erzielte finanzielle Ausgleich schwächer geworden ist – die Ungleichheit der addierten Einkommen war 1998 um 34 Prozent kleiner als diejenige der Individualeinkommen, zehn Jahre später betrug der Unterschied nur noch 27 Prozent.

Tatsächlich ist die Konstellation seltener geworden, in der ein gut verdienender Partner das geringe oder fehlende Einkommen des An-

*) Vgl. Christoph Schröder: Einkommensungleichheit und Homogamie, in: IW-Trends 1/2011

deren ausgleicht. Stattdessen gesellt sich jetzt häufiger Arm zu Arm und Reich zu Reich:

Lag 1998 nur bei 5,5 Prozent aller Paare der Verdienst beider Partner im unteren Drittel aller Einkommen, waren es 2008 bereits 8 Prozent.

Zugleich stieg der Anteil der Paare, in denen beide Partner zum oberen Einkommensdrittel zählten, von 9,9 auf 10,4 Prozent.

Ein wesentlicher Grund für diese „extremere“ Einkommensverhältnisse ist, dass sich das Erwerbsverhalten verändert hat. Waren 1998 bei knapp 14 Prozent der Paare beide erwerbslos oder einer höchstens teilzeitbeschäftigt, stieg dieser Anteil bis 2008 auf 16 Prozent. Am anderen Ende des Beschäftigungsspektrums erhöhte sich der Anteil von Paaren mit zwei Vollzeit- oder einem Vollzeit- und einem Teilzeitverdiener von gut 53 auf fast 57 Prozent.

Eine der eigentlichen Ursachen hierfür ist jedoch ein durchaus gewünschter Trend – nämlich der immer größere Anteil von Frauen, die sich nicht mehr von ihrem „Hausaltsvorstand“ mitversorgen lassen, sondern selbst ihr Geld verdienen.

Äquivalenzeinkommen

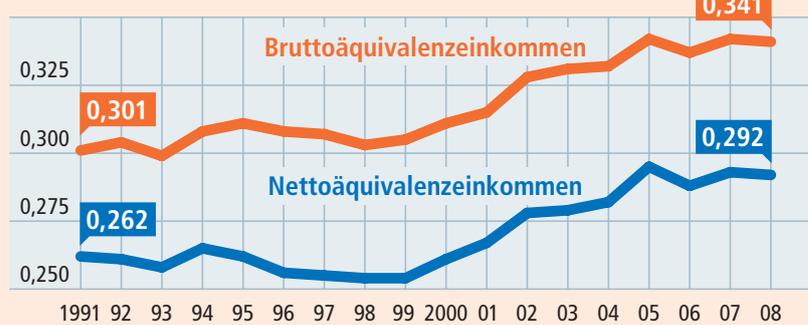
Das Äquivalenzeinkommen ist ein Pro-Kopf-Einkommen, das berücksichtigt, in welcher Art Haushalt die betreffende Person lebt. Dazu werden die einzelnen Einkommen der Haushaltsmitglieder zunächst addiert und dann gleichmäßig auf diese Personen

Gini-Koeffizient

Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Konzentrationsmaß. Angewendet auf Einkommensdaten gibt er an, wie gleich oder ungleich Einkommen über eine Personengruppe verteilt sind. Beziehen alle Personen das gleiche Einkommen, nimmt der Koeffizient den Wert null an. Konzentriert sich das gesamte Einkommen der Gruppe auf eine Person und alle anderen gehen leer aus, hat der Gini-Koeffizient den Wert eins.

Einkommen: Ungleicher verteilt

Gini-Koeffizient der Haushaltseinkommen in Deutschland



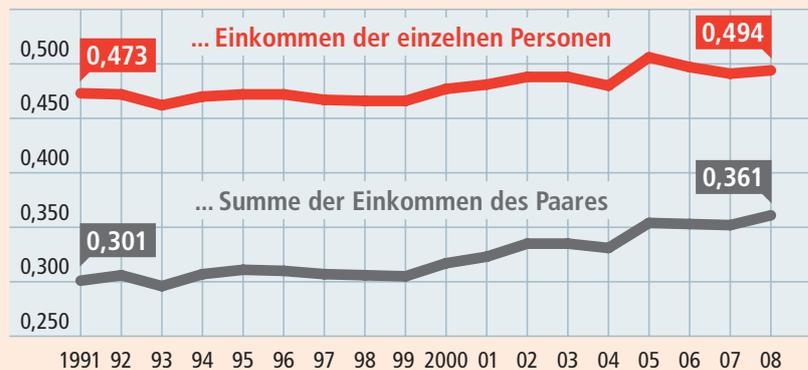
Bruttoäquivalenzeinkommen: Mit dem jeweiligen Bedarf der Haushaltsmitglieder gewichtetes Pro-Kopf-Jahreseinkommen einschließlich Transferzahlungen wie Arbeitslosengeld oder Rente sowie dem Mietwert der selbstgenutzten eigenen Wohnung; Nettoäquivalenzeinkommen: Bruttoäquivalenzeinkommen abzüglich Steuern und Sozialabgaben; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 13

Einkommen von Paaren: Haushaltsausgleich wird schwächer

Wenn man die Einkommen der in Paar-Haushalten lebenden Personen einzeln betrachtet, sind diese wesentlich ungleicher verteilt, als wenn man die von jedem Paar insgesamt erzielten Einkommen heranzieht. Dieser Unterschied in der Einkommensverteilung ist jedoch in den vergangenen Jahren kleiner geworden. Gini-Koeffizient der ...



Einkommen: Persönlich zuzuordnendes Jahreseinkommen aus Erwerbstätigkeit, privaten Transfers und individuellen staatlichen Transfers wie Rente oder Arbeitslosengeld I
Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 13

verteilt. Die Berechnung unterstellt also, dass alle Haushaltsmitglieder den gleichen Wohlstand genießen – so muss ein Arbeitsloser nicht in Armut leben, wenn sein Partner oder eine andere Person im Haushalt gut verdient. Zudem berücksichtigt das Äquivalenzeinkommen die Ersparnis,

die ein Mehrpersonen- gegenüber einem Single-Haushalt hat, weil beispielsweise jeder Haushalt nur eine Waschmaschine oder eine Küche benötigt. Damit macht dieses Einkommenskonzept die Einkünfte von Personen aus unterschiedlich großen Haushalten vergleichbar.

Zwei von drei werden übernommen

Ausbildungsabsolventen. Die Chancen von Auszubildenden, gleich nach der Prüfung einen Job zu finden, sind ausgesprochen gut. Die meisten bleiben sogar in ihrem Ausbildungsbetrieb.

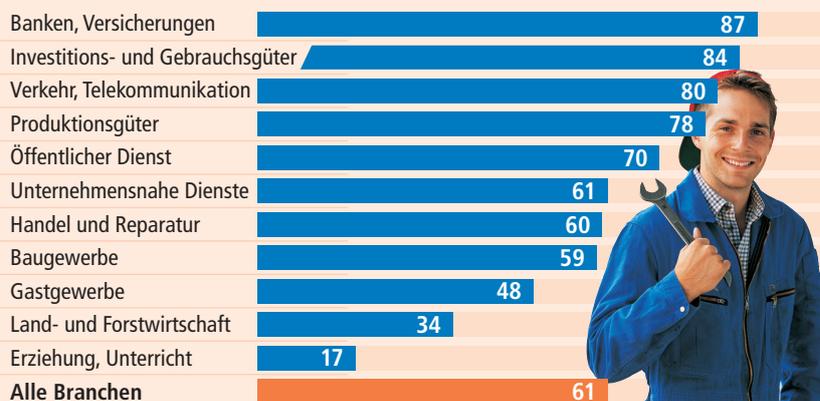
Wie groß die Übernahmechancen sind, zeigen zwei Studien:

1. IAB-Betriebspanel. Danach blieben im Jahr 2008 etwa 61 Prozent der Absolventen in ihrem Ausbildungsbetrieb. Die Betriebe haben damit so viele Lehrlinge weiterbeschäftigt wie noch nie zuvor. Im Jahr 2005 betrug die Übernahmequote erst 52 Prozent.

Je aufwendiger die betriebliche Ausbildung ist, desto stärker sind die Unternehmen daran interessiert, ihre Absolventen zu halten. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass die Übernahmequote in den großen Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten bei 70 Prozent und damit deutlich höher liegt als bei den kleinen Betrieben mit maximal neun Mitarbeitern. Diese

Gefragte Ausbildungsabsolventen

Von je 100 erfolgreichen Ausbildungsabsolventen wurden im Jahr 2008 so viele von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen



Quelle: IAB-Betriebspanel

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw13

übernehmen nur 47 Prozent ihrer erfolgreichen Prüflinge, investieren aber auch weniger:

Größere Unternehmen investieren in einen Auszubildenden durchschnittlich gut 19.000 Euro, kleinere dagegen lediglich 13.200 Euro pro Jahr.

Die Kosten der Ausbildung unterscheiden sich überdies stark nach Branchen. So stecken das Finanzgewerbe sowie die Metall- und Elektro-Industrie mehr in die Ausbildung als etwa die Gastronomie. Dementsprechend fallen auch die Übernahmequoten aus (Grafik):

- Die besten Übernahmeperspektiven haben Azubis im Bank- und Versicherungsgewerbe, in den Investitions- und Gebrauchsgüterbranchen sowie im Bereich Telekommunikation.

- Dagegen verbleibt im Gastgewerbe nicht einmal jeder zweite Absolvent im Ausbildungsbetrieb.

2. IW-Qualifizierungsmonitor. Demnach haben die Firmen im Jahr 2010 zwei von drei Ausbildungsabsolventen übernommen. Zugleich sagen knapp vier von zehn Firmen, dass sie gerne mehr Azubis halten würden, die wirtschaftliche Lage dies aber nicht zulässt. Knapp ein Drittel der Betriebe bildet zudem mehr Nachwuchskräfte aus, als benötigt werden, und kann von daher keine Weiterbeschäftigung garantieren. Umgekehrt schlägt jeder zehnte Absolvent die Übernahme aus: Um zu studieren oder in ein anderes Unternehmen zu wechseln.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.